

Hellmut Wollmann

Rekommunalisierung in europäischen Nachbarländern

in

Claus Matecki/Thorsten Schulten (Hrsg.) 2013,

Zurück zur öffentlichen Hand?

Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung ,

VSA Verlag, S. 37-48

1. Einleitung. Fragestellung

In dem Aufsatz soll erörtert werden, ob, in welchem Umfang und aus welchen Gründen öffentliche Dienstleistungen in letzter Zeit wieder verstärkt vom Öffentlichen Sektor, insbesondere den Kommunen und ihren Betrieben übernommen und erbracht („rekommunalisiert“) werden, nachdem sie seit den 1980er Jahren in starkem Maße dem auf den Privaten Sektor übergegangen sind. Diese Entwicklung soll am Beispiel anderer europäischer Länder, vornehmlich Großbritanniens, Frankreichs und Italiens beleuchtet und insoweit den auf die „Rekommunalisierung in Deutschland“ fokussierten Beitrag von Jens Libbe in diesem Band ergänzen.

Das Spektrum der Dienstleistungen, die in Deutschland als solche der „Daseinsvorsorge“, in Großbritannien als *public utilities*, in Frankreich als *services publics*, in Italien als *servizi pubblici* und in der Terminologie der EU als „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ bezeichnet werden, umfassen die sog. infrastrukturelle Dienstleistungen, also vor allem Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, öffentlicher Nahverkehr rechnen.

Die Organisationsform der Erbringung dieser Dienstleistungen hat seit dem 19. Jahrhundert historisch mehrere Phasen - zwischen Kommunen, Staat und Privatem Sektor - durchlaufen, die ungeachtet länder- und sektorspezifischer Unterschiede bezeichnende Gemeinsamkeiten und Gleichläufigkeiten aufweisen. (Zur Kennzeichnung dieser Phasen vgl. etwa Wollmann/Marcou 2010, Wollmann 2011, Röber 2009).

- In der frühen in das 19. Jahrhundert zurückreichenden Entwicklung übernahmen in erster Linie die Kommunen die Aufgabe, durch den Bau und die Unterhaltung von Wasserleitungen, Kanalisation und Energiebetrieben die infrastrukturelle Sicherung und Versorgung der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft zu schaffen. Dieses Engagement des kommunalen Sektors von zeitgenössischen konservativen Kritikern als „municipaler Sozialismus“ zurückgewiesen.
- Die Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaats, die insbesondere nach dem 2. Weltkrieg vorangetrieben wurde und in den frühen 1970er Jahren ihre stärkste Ausprägung fand, war von der - gewissermaßen „sozialdemokratischen“ - Überzeugung getragen, dass der öffentliche (staatliche wie kommunale) Sektor und sein Personal am

besten geeignet seien, die expandierten infrastrukturellen und sozialen Leistungen und deren wohlfahrtsstaatlichen Ziele zu verwirklichen. Diese Strategie fand in der Verstaatlichung („Nationalisierung“) des Energiesektors (1946 in Frankreich, 1945 in Großbritannien, 1962 in Italien) und des Wassersektors (1946 in Großbritannien) und in den fortgesetzten Engagement der Kommunen und ihrer Betriebe ihren Ausdruck.

- Seit den späten 1970er Jahren ist der konzeptionelle, politische und institutionelle Vorrang des Öffentlichen (staatlichen wie kommunalen) Sektors in der Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen vor allem durch zwei Diskurs- und Politikstränge erschüttert und durch eine Priorität des privaten Sektors verdrängt worden.

Zum einen ging ein Anstoß vom neo-liberalen Politikwechsel aus, der 1979 mit dem Sieg der Konservativen Partei unter Margaret Thatcher in Großbritannien einherging und als „Vorreiter“ (Drews 2008: 34) auf die anderen europäischen Länder übergriff. Konzeptionell-ideologisch wurzelte er in der Vorstellung und Forderung, den Primat des Öffentlichen Sektors und das diesem angekreidete „Staats- und Bürokratieversagen“ durch das Gegenmodell eines auf „Kernfunktionen“ zurückgeschnittenen „schlanken Staates“ (*lean state*) zu überwinden und für die verbleibenden öffentlichen Dienstleistungen auf den Privaten Sektor und Marktwettbewerb (*competitive tendering*) zu setzen.

Zum andern wurde die Entwicklung von der Europäischen Union angetrieben, die - mit dem Ziel und Postulat, einen „gemeinsamen Markt (*single market*) für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personal“ europaweit herzustellen und hierbei insbesondere im Dienstleistungssektor („Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“) die bestehenden lokalen Märkte und Anbietermonopole durch Ausschreibungs- und Vergabevorschriften sowie sektorspezifische Liberalisierungs- und Deregulierungsregeln aufzubrechen. (vgl. Bieling/Deckwirth 2008: 19 ff.)

Für den Wechsel und Übergang von öffentlichen zur privatwirtschaftlichen Organisationsformen werden im wesentlichen drei Varianten unterschiedlicher Reichweite der „Privatisierung“ unterschieden (vgl. Grossi et al. 2010, zuletzt Kuhlmann/Wollmann 2013 mit Nachweisen).

- Im Wege *formeller oder Organisations-Privatisierung* werden von der Öffentlichen Hand bislang organisatorisch und personell unmittelbar (*in house, en régie*) erbrachte

Leistungen auf eine Organisationsform ausgelagert, die in öffentlichem (staatlicher/kommunalem) Eigentum bleibt, jedoch (meist auch finanziell und gegebenenfalls unternehmerisch) eigenständig agiert. In der internationalen Diskussion ist auch von „*corporatisation*“ die Rede (vgl. Grossi et al. 2010).

- Bei *funktionaler oder Aufgabenprivatisierung* wird die Erledigung der Aufgaben - in der Regel vermöge eines zeitlich begrenzten Vertrags (Konzession) - externen (meist privaten, aber auch öffentlichen) Akteuren übertragen (englisch: *outsourcing*, französisch: *délégation*, letztere auch als „French-style privatization“ bezeichnet, vgl. Finger/Allouche 2002¹) übertragen.
- Bei *materieller (oder asset-) Privatisierung* wird das öffentliche (staatlichen/kommunale) Eigentum/Vermögen durch Verkauf an Private (vollständig oder partiell) übertragen. Im letzteren Falle werden „gemischtwirtschaftliche“ Unternehmen (*mixed economy*, *Sociétés d’Economie mixte locales*, *SEML*, ferner nach angelsächsischen Vorbild und Sprachgebrauch *public private partnerships*, PPP’s) gebildet.

2. „Re-kommunalisierung“?

Seit einigen Jahren zeichnen sich darin eine „Re-kommunalisierung“ und ein „Pendelumschwung“ ab (vgl. Wollmann/Marcou 2010, Wollmann 2011, Röber 2009, Bauer 2012), dass - mit Unterschieden zwischen den Ländern und Dienstleistungssektoren - die öffentliche Hand, insbesondere die Kommunen begonnen haben, verkaufte Eigentums-/Vermögenspositionen zurückzuerwerben oder an Private übertragene Leistungen wieder selber zu übernehmen.

Um zu erfassen, ob, in welchem Ausmaß und weshalb der hier interessierende „Pendelumschwung“ stattgefunden hat, soll in den folgenden Länder- und Sektoranalysen jeweils kurz auf die in der vorausgehenden „neo- und markliberalen“ Politikphase entstandenen „Ausgangssituationen“ in Stichworten kenntlich gemacht werden.

¹ Zit. nach Citroni 2010: 208

2.1. Stromversorgung

In Großbritannien wurde die Stromwirtschaft, die 1946 unter Verdrängung der historisch überwiegenden kommunalen Zuständigkeit der Kommunen (*local authorities*) verstaatlicht worden war, ab 1990 als Folge von der konservativen Regierung durchgesetzten vollständigen (materiellen) Privatisierung von privatwirtschaftlichen Stromunternehmen beherrscht, unter denen französische (EdF), spanische (Iberdrola) und deutsche Unternehmen (RWE, E.on) zunehmend eine bestimmende Rolle spielten. (Drews 2008: 51). Die Kommunen blieben auf eher marginale Aufgaben wie Fernwärme beschränkt (vgl. Wollmann/Baldersheim et al.2010: 175).

In den letzten Jahren haben die Kommunen ihr energiepolitisches Engagement verstärkt. Impulse hierzu gab der Local Government Act 2000, der den *local authorities* (*counties* und *boroughs*) die die traditionelle *ultra-vires*-Lehre erweiternde Zuständigkeit und Aufgabe zuwies, für das „economic, social and ecological well-being“² („das wirtschaftliche, soziale und ökologische Wohlbefinden“) ihrer Bürger Sorge zu tragen (vgl. Wollmann 2008: 33). In Verfolgung ihres energiepolitischen Ziels, den Anteil der erneuerbaren Energien am nationalen Gesamtverbrauch bis 2020 auf 15 Prozent zu steigern, forderte die im Mai 2010 gebildete konservativ-liberale Koalitionsregierung die Kommunen ausdrücklich dazu auf, hierzu durch in eigene energiepolitischen Aktivitäten beizutragen³. Inzwischen hat zwar eine Reihe von *local authorities* kommunale Projekte angestoßen, insbesondere in der Verbindung von Kraftwärme-Kopplung und Fernwärme (CHP and district heating) (vgl. Kelly/Pollitt 2011), beispielsweise in Kirkdees, Peterborough, Leicester, Aberdeen und Woking⁴. Allerdings ist, wie neuere Untersuchungen nahelegen, das energiepolitische Engagement der

² Diese ebenso wie die nachfolgenden englischsprachigen Passagen finden sich jeweils nachstehend in – vom Autor formulierter - deutscher Übersetzung.

³ Am 28.8.2010 richtete *Chris Huhne*, Secretary of State (Minister) for Energy and Climate Change, an alle Kommunen ein offizielles Schreiben, in dem er u.a. ausführte, dass “for too long, Whitehall’s dogmatic reliance on ‘big’ energy has stood in the way of the vast potential role of local authorities in the UK’s green energy revolution” (“lange Zeit stand die Tatsache, dass sich die britische Regierung dogmatisch auf die ‚große‘ Energie verließ, der riesigen potentiellen Rolle im Wege, die die Kommunen in der grünen Energierevolution Großbritanniens haben können“; <http://www.decc.gov.uk/publications/basket.aspx?FilePath=News%2f376-unlocking-local-power-huhne-letter.pdf&filetype=4#basket>).

⁴ Vgl. die *league table* der energiepolitisch inzwischen aktiven Kommunen unter: <http://www.aeat.com/cms/assets/MediaRelease/2011-press-releases/Microgeneration-Index-Press-Release-11th-March-2011.pdf>.

Kommunen bislang noch „very weak or absent in 65 percent of local authorities“ („sehr schwacher oder nicht existent in 65 Prozent der Kommunen“, Scott 2011).

In *Frankreich* wird der Strommarkt nach wie vor vom Energieriesen *Electricité de France* (EdF) beherrscht, der 1946 aus der Verstaatlichung des Stromsektors als Staatsbetrieb hervorging und die 2004 zwar in eine börsennotierte Aktiengesellschaft umgewandelt („formal privatisiert“) worden ist, deren Aktien sich jedoch weiterhin zu 80 Prozent in staatlichem Eigentum befinden (vgl. Beckmann 2008: 140). Zwar wurden 1946 die damals bestehenden 230 kommunalen Energieunternehmen von der Verstaatlichung ausgenommen, jedoch spielten sie gegenüber der EdF als nationalem und internationalen „Champion“ eine eher marginale Rolle. Seit den 1980er Jahren haben die Kommunen (insbesondere im Verein mit anderen) ihr energiepolitisches Engagement und Potential erweitert, etwa Wasserfälle für die Energiegewinnung stärker zu nutzen und auf Kraft-Wärme-Kopplung sowie Windenergie zu setzen (vgl. Wollmann/Baldersheim et al. 2010: 181). Allerdings sind die kommunalen Energieunternehmen durch die nationale Gesetzgebung darauf beschränkt, ihren lokalen Versorgungsbereich zu bedienen. (vgl. Allemand 2007: 40).

In *Italien*, wo 1962 der Energiesektor durch die Bildung des Energiegiganten ENTEL verstaatlicht wurde, blieben die bestehenden (verhältnismäßig zahlreichen) kommunalen Energieunternehmen von der Verstaatlichung ausgenommen (vgl. Wollmann, Baldersheim et al. 2010:182). Als im Verlaufe der 1990er Jahre ENTEL zunächst (durch die Umwandlung in eine börsennotierte Aktiengesellschaft) formal privatisiert und dann durch Verkauf der Aktien an institutionelle und private Anleger (bis einen staatlichen Aktienanteil von 20 Prozent) auch materiell privatisiert wurde, konnten die kommunalen Energiebetriebe trotz des Privatisierungsdrucks ihre Position auf dem italienischen Energiemarkt insgesamt behaupten und teils ausbauen. Beispielsweise haben sich die kommunalen Energiebetriebe von *Milano* und *Brescia* 2008 zu einem börsennotierten Energieunternehmen („A2A“) zusammengeschlossen. Insgesamt bringen es A2A und andere kleinere kommunale Unternehmen auf 14 Prozent der italienischen Stromproduktion (vgl. AEEG 2011: 52). Angesichts dessen, dass in Italien die Atomstromgewinnung bereits 1987 durch nationales Referendum (in Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl) ausgeschlossen und dies durch das nationale Referendum vom Juni 2011 bestätigt worden ist, haben die vielfach auf Wasserkraftwerke gestützten kommunalen Energiegesellschaften wachsende Bedeutung.

2.2. Wassersektor

Nachdem in *Großbritannien* der Wassersektor nach 1945 - fast zeitgleich mit der Verstaatlichung des Stromsektors - von der traditionellen kommunalen Zuständigkeit in staatliche (regionale) Wasserbehörden (*Regional Water Authorities*) überführt worden war, setzte die konservative Regierung unter Margaret Thatcher 1989 in England und Wales deren vollständige materielle Privatisierung (durch Verkauf an private Investoren) durch (für Details vgl. Drewes 2008: 52 ff.) In Schottland und Nordirland blieb die Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand.

Obgleich der steile Anstieg der Wassertarife und die hohen Profitraten der privatwirtschaftlichen Wasserbetriebe vielfach kritisiert worden sind⁵, ist eine politisch relevante Diskussion um eine Re-Nationalisierung oder Rekommunalisierung bislang nicht in Gang gekommen.

In *Frankreich* ist auch und gerade der Wasserversorgung seit langem die Organisationsform der *gestion déléguée* eigentümlich, indem zwar die Kommunen in einer Variante funktionaler Privatisierung zwar Eigentümerinnen des Leitungsnetzwerks bleiben, jedoch die Wasserlieferung auf der Basis zeitlich befristeter Konzessionsverträge an externe Dienstleister vergeben (vgl. Einzelheiten bei Citroni 2010: 206 ff.). Diese Praxis, die historisch ebenfalls in das 19. Jahrhundert zurückreicht und deren Ursprung wesentlich in der fehlenden operativen Fähigkeit der für Frankreich typischen Vielzahl kleiner und kleinster Gemeinden begründet lag, hat im Wassersektor die Entstehung und Expansion von drei Unternehmensgruppen („grands groupes“, Veolia, Suez, SAUR) begünstigt, die inzwischen rund 70 Prozent der französischen Haushalte mit Wasser versorgen (vgl. Bondonno et al. 2010: 134). Zwar haben die einzelnen Kommunen formal das Recht, nach Ablauf der Verträge diese neu zu verhandeln, jedoch sehen sie sich hierbei der überlegenen Marktmacht und einer „Gefangennahme“ („regulatory capture“, Varin 2010) durch diese national und international operierenden Konzerne gegenüber, die zudem als „multi-utility“-Unternehmen die Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung vielerorts gebündelt anbieten (vgl. Kuhlmann 2009: 164). Die funktionale Privatisierung der Wasserversorgung setzte sich in den 1980er Jahren zunächst noch einmal verstärkt fort - so beispielhaft in Grenoble und Paris, wo traditionell die Wasserversorgung kommunal worden war und wo 1987 bzw. 1989 neu

⁵ Die Wassertarife stiegen zwischen 1990-2000 um 46 Prozent und die operativen Gewinne um 142 Prozent vgl. Hall/Lobina 2001.

gewählte konservative Mehrheiten und Bürgermeister deren *délégation* an Unternehmen der „grands groupes“ beschlossen (vgl. Hall/Labina 2001b).

Eine Trendwende wurde dadurch eingeleitet, dass 2010 in Paris eine neu gewählte „rot-grüne“ Ratsmehrheit entschied, nach Auslaufen der Konzessionsverträge mit Suez und Veolia die Wasserversorgung wieder in eigene Regie zu nehmen. Aufsehen erregte auch die Rekommunalisierung in Grenoble (vergl. Hall/Lobina 2001b). Inzwischen haben weitere 40 Kommunen die Wasserversorgung wieder in eigene Hand genommen (vgl. Hall et al. 2012). Als Ergebnis dieser Entwicklung stieg der Anteil der französischen Bevölkerung, deren Wasserversorgung von den Kommunen selber (*en régie*) betrieben wird, von 18 Prozent im Jahr 1970 inzwischen wieder auf 28 Prozent (vgl. Bordonneau et al. 2010: 134).

In *Italien* wurde die Wasserversorgung traditionell von einer Vielzahl kleiner kommunaler Wasserunternehmen betrieben. Seit den 1990er Jahren führte eine durch das Galli Gesetz von 1994 ausgelöste Reorganisation der Wasserversorgung und Wettbewerbselemente (für Details vgl. Citroni 2010: 203 ff.) dazu, dass privatwirtschaftliche Wassergesellschaften, insbesondere solche der französischen „grands groupes“, als Wasserversorger vorgedungen sind.. Unter der konservativen Berlusconi-Regierung zielte das das Ronchi Dekret von 2009 darauf, einer weitgehenden Privatisierung der Wasserversorgung den gesetzlichen Boden zu bereiten. Dieser Entwicklung wurde durch das nationale Referendum vom 11.6.2011, das die Privatisierung der Wasserversorgung mit überwältigender Mehrheit ablehnte, ein Riegel vorgeschoben. Die politische Kampagne, die dem Referendum vorausging und die wesentlich vom *Forum Italiano die Movimenti per l'Acqua* einer breiten (überwiegend linken) Bewegung getragen, der 150 Kommunen und verschiedene politische Gruppierungen angehören⁶, spiegelte die zunehmende nationale, aber auch internationale Politisierung der „Wasserfrage“ wider.

2.3. Andere Felder der Dienstleistungen

In *Großbritannien* zielte die „neo-liberale“ Politik der 1979 gewählten konservativen Regierung darauf, auch in der Erbringung der anderen öffentlichen Dienstleistungen einen fundamentalen um Privatisierung und Marktwettbewerb kreisenden Politikwechsel herbeizuführen. Die 1980 beschlossene (und 1988 erweiterte) Gesetzgebung des *Compulsory*

⁶ <http://www.fame2012.org/index.php?id=52>

Competitive Tendering (CCT) verpflichtete die Kommunen, einen breiten Fächer kommunaler Aufgaben (Errichtung und Unterhaltung öffentlicher Gebäude, Straßenbau, Abfallbeseitigung, Krankenhausverpflegung usw.) öffentlich auszuschreiben und auf der Basis von Verträgen zu vergeben, also funktional zu privatisieren) (vgl. Wollmann 2008:127). Zwar wurde die CCT Gesetzgebung von der nachfolgenden New Labour Regierung außer Kraft gesetzt, jedoch blieb *outsourcing* ein bestimmendes Merkmal der kommunalen Dienstleistung, so dass Großbritanniens Dienstleistungssektor als der im internationalen Vergleich am stärksten (funktional) privatisierte erweist.

In der letzten Zeit sind die Kommunen (*local authorities*) allerdings dazu übergegangen, bislang „ausgelagerte“ (*outsourcing*) Aufgaben wieder in eigene Trägerschaft zurückzunehmen („*insourcing*“). In einer jüngst durchgeführten Befragung von 140 *local authorities* in England, Schottland und Wales gaben fast 60 Prozent an, eine solche „Rückübernahme“ (*insourcing*) bereits durchgeführt zu haben, vorzubereiten oder zu planen; knapp 20 Prozent gaben an, Dienstleistungen niemals extern vergeben (*outsourcing*) zu haben (vgl. APSE 2011:11). Das *insourcing* bislang ein breites Spektrum, u.a. „environmental services“ (Müllabfuhr und Abfallverwertung), „education and social care“ (children’s social services) und „housing and building maintenance“ (vgl. die Liste in APSE 2011: 15 ff.).

In Großbritannien zeichnet sich *insourcing* vermehrt auch im Öffentlichen Nahverkehr ab. So wurden in London 2007 und 2010 zwei große privatwirtschaftliche, als PPP verfasste Consortia, denen die Renovierung des Londoner U-Bahn-System übertragen worden war, beendet und die Aufgabe wieder in öffentliche (kommunale) Trägerschaft genommen (vgl. Hall et al. 2011 mit weiteren Beispielen).

Auch in Frankreich weist der öffentliche Nahverkehr einen hohen Grad von *gestion déléguée* (funktionaler Privatisierung) auf, der ausweislich einer 2004 bei 37 Großstädten durchgeführten Befragung auf 85 Prozent der Verkehrsbetriebe beziffert wurde (vgl. Kuhlmann 2009; 153 mit Nachweis). In diesem Feld ist kürzlich ein Prozess der Rekommunalisierung durch ein Gesetz von 2010 angestoßen worden, das den Kommunen einen rechtlichen Rahmen für die Gründung von gemeinsamen, zu 100 Prozent in ihrem Eigentum stehende *sociétés publiques locales* (SPL) bietet. Die Konstruktion der SPL (100%ige kommunale Eigentümerschaft und Zweckbestimmung) erlaubt den Kommunen, ihren Dienstleistungen zu übertragen, ohne hierfür dem Ausschreibungsgebot der EU zu unterliegen (vgl. Hall et al. 2012). Inzwischen wurden 22 SPL gegründet, um Projekten des

Öffentlichen Nahverkehrs - nach Auslaufen der vorausgehenden Konzessionsverträge - zu re-kommunalisieren (vgl. Hall et al. 2012 mit Beispielen).

Die Abfallentsorgung haben die französischen Kommunen in der Vergangenheit ebenfalls zum größten Teil an private Unternehmen, insbesondere an die beiden („multi-utility“) Großkonzerne Veolia-Environnement und Suez, vergeben; lediglich 13 Prozent der Müllaufbereitungsanlagen werden in kommunaler Regie betrieben (vgl. Kuhlmann 2009: 159). Jüngst kündigt sich aber auch in diesem Feld eine Gegenbewegung an, indem Städte die Müllabfuhr wieder in eigene Regie nehmen, so 2008 die Stadt Paris, die ihren Vertrag mit Veolia nicht verlängerte könnte (vgl. Hall et al. 2012).

3. Zusammenfassende Einschätzung

Aufgrund der hier herangezogenen Belege erscheint die zusammenfassende Einschätzung plausibel, dass in den letzten Jahren - mit deutlichen Unterschieden zwischen den Ländern und Dienstleistungssektoren - ein bemerkenswerter Prozess der „Re-kommunalisierung“ von öffentlichen Dienstleistungen und mithin ein „Pendelrückschwung“ vom Privaten Sektor zum Öffentlichen, insbesondere Kommunalen Sektor in Gang gekommen ist (vgl. Wollmann/Marcou 2010, Wollmann 2011, Hall et al. 2012, Kuhlmann/Wollmann 2013). Dies stimmt mit den Analysen zur Entwicklung in Deutschland überein (vgl. Libbe in diesem Band mit Nachweisen).

Bibliographie

AEA 2011, UK renewable energy map and league table launched <http://www.aeat.com/cms/assets/MediaRelease/2011-press-releases/Microgeneration-Index-Press-Release-11th-March-2011.pdf>.

AEEG (Autorità per l'Energia Elettrica ed il Gas) 2001, Annual Report on State of Services.

Allemand, Rosalyn 2007, Les distributeurs non-nationalisés d'électricité face à l'ouverture de la concurrence, in : Annuaire 2007 des Collectivités Locales, CNRS. Paris, pp. 31-42.

APSE 2011, UNISON insourcing update. The value of returning local authority services in-house in an era of budget constraints. <http://www.unison.org.uk/acrobat/20122.pdf>.

Bauer, Hartmut 2012, Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung, in: Bauer, Hartmut/ Büchner, Christiane/ Hajasch, Lydia (Hrsg.) 2012, Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Potsdam: Universitätsverlag, S. 11-31

Beckmann, Jens 2008, Die Entkernung des Service Public in Frankreich, in : Bieling, Hans-Jürgen et al. (Hrsg.), Liberalisierung und Privatisierung in Europa, Verlag Westfälisches Dampfboot, pp. 125-151.

Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina 2008, Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union, in: Bieling, Hans-Jürgen et al. (Hrsg.), Liberalisierung und Privatisierung in Europa, Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 9-32.

Bordonneau, Marie-Agnès/Canneva, Guillem/Orange, Gerard/Gambier, Dominique 2010, Le changement de mode de gestion des services d'eau, in: Droit et Gestion des Collectivités Territoriales, Annuaire 2010, Editions le Moniteur, Paris, pp. 131-147.

Citroni, Giulio 2010, Neither state nor market: municipalities, corporations and municipal corporatization in water services: Germany, France and Italy compared, in: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (eds.), The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market, Edward Elgar, pp. 191-216.

Drews, Kathrin 2008, Großbritannien: „TINA“ oder Paradigma einer gescheiterten Reorganisation?, in: Bieling, Hans-Jürgen et al. (eds.), Liberalisierung und Privatisierung in Europa, Verlag Westfälisches Dampfboot, pp. 34-63.

Dreyfus, Magali/Töller Annette Elisabeth/Iannello, Carlo and McEldowney, John 2010, Comparative study of a local service: waste management in France, Germany, Italy and the U.K. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (eds.), The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market, Edward Elgar, pp. 146-166.

Fudge, Shane/Peters, Michael/Wade, Joanne 2012, Locating the agency and influence of local authorities in UK energy governance, http://www.surrey.ac.uk/ces/files/pdf/01-12_Paper_Fudge_Peters_Wade.pdf.

Grossi, Giuseppe./ Marcou, Gérard/ Reichard, Christoph 2010: Comparative aspects of institutional variants for local public service provision. In: Wollmann, H. / G. Marcou: The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market. Edward Elgar: Cheltenham – Northampton, pp. 217-239.

Hall, David/Lobina, Emanuele 2001a, UK - water privatisation - a briefing. London: PSIRU report.

Hall, David/Lobina, Emanuele 2001b, Private to Public: International lessons of water remunicipalisation in Grenoble, France (PSIRU, web www.psiru.org).

Hall, David/Lobina, Emanuele/Terhorst, Philipp 2012, Remunicipalization in Europe, unpublished paper presented to IPSA World Congress.

Kelly, Scott/Pollitt, Michael 2011, The Local Dimension of Energy, <http://www.eprg.group.cam.ac.uk/wp-content/uploads/2011/01/EPRG11031.pdf>.

Kuhlmann, Sabine 2009, Politik- und Verwaltungsreform in Kontinentaleuropa, Nomos Baden-Baden.

Kuhlmann, Sabine/Wollmann, Hellmut 2013, Verwaltung und Verwaltungsreform in Europa, Einführung in vergleichende Verwaltungswissenschaft, VS Verlag.

Röber, Manfred 2009, Privatisierung oder? Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen im Lichte des Public Managements, in: Verwaltung und Management, 15. Jhg., Heft 5, S. 227-240.

Scott, Faye 2011, Is localism delivering for climate change? Emerging responses from local authorities, local enterprise partnerships and neighborhood plans. Executive summary.

Varin, Katherine 2010, Le service public de l'eau en France <http://www.globenet.org/aitec/chantiers/sp/eau/SPeauFrance.html>.

Wollmann, Hellmut 2008, Reformen in Kommunalpolitik und -verwaltung. England, Schweden, Frankreich und Deutschland im Vergleich, VS Verlag.

Wollmann, Hellmut 2011, Provision of Public Services in European countries: from public/municipal to private and reverse?, in: Comparative & Croatian Public Administration, vol. 11, no. 4, pp. 898-911 http://en.iju.hr/ccpa/ccpa/downloads_files/001-Wollmann.pdf.

Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard 2010, From public sector - based to privatized service provision. Is the pendulum swinging back?. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (eds.), The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market, Edward Elgar, pp. 168-182.

Wollmann, Hellmut/Baldersheim, Harald/Citroni, Giulio/Marcou, Gérard and McEldowney, John 2010, From public service to commodity: the demunicipalization (or remunicipalization?) of energy provision in Germany, Italy, France, the UK and Norway, in: In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (eds.), The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market, Edward Elgar, pp. 168-190